Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7001.

Telephon Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt“.

Inseratenpreis beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 222 — Dienstag, den 23. September 1902 — 13. Jahrgang.

Die zweite Lesung des Zolltarifs.

Die Zolltarifkommission hat am Montag Mittag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Von den 28 Mitgliedern waren 27 anwesend. Die Regierung war vertreten durch verschiedene Staatssekretäre und den Handelsminister Möller. Staatssekretär Graf Posadowsky gab zwar eine Erklärung ab, die aber nichts Neues brachte.

Die Kommission beschloß, entsprechend dem Vorschlage der Subkommission, in der zweiten Lesung die Generaldebatte abschnittsweise zu führen, aber nur über solche einzelne Tarifnummern zu verhandeln, die im Voraus zur Erörterung ausgewählt worden sein werden.

Gegen den Einspruch des Abg. [illegible] Stadthagen wurde auf Antrag des Abg. Spahn beschlossen, über die Tarifnummern 1 bis 72, d. h. der die Erzeugnisse des Acker-, Garten- und Wiesenbaues umfassenden ersten Gruppe des ersten Abschnitts, gemeinsam eine Generaldebatte zu eröffnen.

Und so kam es denn, daß schon in der ersten Sitzung die Getreidezölle bezw. die Zölle auf viele landwirthschaftliche Produkte einer Generaldebatte unterzogen wurden, die Abg. Stadthagen mit einer dreistündigen Rede einleitete.

Während dieser Rede befleißigten sich die Zöllner einer störenden Unruhe, die den Vorsitzenden hinderte, Stadthagens Rede im Zusammenhange hören zu können. Als er deshalb den Redner unterbrach, kam es in Folge des Mißverständnisses zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Stadthagen und dem Vorsitzenden, der sich durch einen Ordnungsruf gegen Stadthagens zutreffende Bemerkungen zu wehren suchte.

Stadthagen erörterte die Gründe, die gegen die Verzollung dieser wichtigen Lebensmittel sprechen. Die Rückständigkeit der Kultur dürfe nicht durch Lebensmittel vertheuernde Zölle belohnt werden. Aus landwirthschaftlichen Kreisen seien inzwischen den Sozialdemokraten dringende Bitten zugegangen, mit allen Mitteln zur Verhinderung der Lebensmittelvertheuerung beizutragen. Kornzölle bedeuten eine Aushungerung des Volkes. Die arbeitenden Klassen, einschließlich der kleinen Landwirthe, werden dann schärfer noch zur Deckung herangezogen. Und das solle zu Gunsten nur der Großgrundbesitzer geschehen, die trotz ihrer keineswegs nothleidenden Lage äußerst geringe Löhne den Landarbeitern zahlen. Die Belastung der arbeitenden Klassen würde für diese ungeheuerlich sein und pro Jahr bei einem Einkommen von ca. 750 Mk. bedeuten, daß der Arbeiter zwei bis vier Wochen im Jahre nur für diese Liebesgabe an die Großgrundbesitzer, die ihnen allein der Brotzoll zuschiebt, arbeiten müsse. Das sei ein Diebstahl en gros. Ein Theil der Großgrundbesitzer würde, wie Kollege Bräsicke dies in erster Lesung darlegte, es als eine Schmach betrachten, die durch derartige Ausraubung der ärmeren Klassen erlangten Summen entgegenzunehmen. Wer für Brotzölle stimmt, stimmt für den Bürgerkrieg, wenn auch von anderer Seite behauptet wird, Throne würden krachen, Revolten würden entstehen, wenn der Hungerzoll auf Brot nicht in der Höhe, wie ihn der Bund der Landwirthe fordere, bewilligt werde. Für 50 Pfennig höheren Zoll, als die Kommission leider in erster Lesung beschlossen habe, soll die Monarchentreue jener Kreise eingekauft werden. Das sei bezeichnend, zumal ja nur Großgrundbesitzer Vortheile, die kleinen Bauern aber Nachtheile von dem Zoll hätten. Charakteristischerweise stimmen die Parteien für Hungerzölle, die den Arbeitern das Koalitionsrecht verkümmern wollen; dazu gehöre auch das Zentrum, das den Landarbeitern das Koalitionsrecht nicht gewähre.

Zu bemerken ist noch, daß, als Stadthagen bei steigernder Unruhe meinte, die Ruhestörer wollten die vorgetragenen Gründe nicht hören, Abg. Paasche den Zwischenruf machte: Wir wollen sie auch nicht hören!

Nach Wangenheim ergriff Staatssekretär Graf Posadowsky das Wort.

Er glaube, die Herren, die so weitgehende Anträge stellen, wie der Abg. Frhr. v. Wangenheim, sollten sich der Erkenntniß nicht verschließen, daß die nicht landwirthschaftliche Bevölkerung im Vergleiche zur landwirthschaftlichen prozentual im Wachsen sei. Daraus folge, daß es politisch immer schwerer werde, der Landwirthschaft einen stärkeren Schutz zu gewähren. Solche Sprünge, wie sie der Antrag Wangenheim verlange, seien wirthschaftlich unmöglich. Dazu werde eine Regierung niemals ihre Zustimmung geben. **Die Regierung habe auch an ihren bisherigen Erklärungen nichts zu ändern.** Sie zu wiederholen habe er keinen Anlaß. Es sei nur zweierlei möglich: **entweder der jetzige Entwurf werde angenommen, oder man behalte den alten.** In letzterem Falle würde die Situation für den Abschluß von Handelsverträgen eine außerordentlich ungünstige sein.

Verblüfft und schweigend hörte der Bündler v. Wangenheim die scharfen Angriffe des Staatssekretärs Grafen Posadowsky an, der heute sehr zuversichtlich auftrat; wahrscheinlich ist er des Rückzuges der Kommissionsmehrheit auf die Regierungsvorlage sicher!

Um 6 Uhr wurde die Verhandlung vertagt, nachdem beschlossen war, Sitzungen von 9 bis 3 Uhr abzuhalten. Jeder zweite Montag und jeder Sonnabend soll sitzungsfrei bleiben. Bei freiem Montag soll Freitag nur bis 12 Uhr Sitzung abgehalten werden.

Politische Uebersicht.

Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform. Zur Eröffnung der ersten General-Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform am Montag theilte der Minister v. Berlepsch mit, daß die Kölner Polizeibehörde die Abhaltung des vorgesehenen Referates über die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und Erhöhung des Schutzalters für jugendliche Arbeiter in Fabriken durch Fräulein Helene Simon aus Berlin verboten habe, weil es gesetzlich unzulässig sei, daß Frauen in politischen Vereinen reden. Dem Verbot werde man sich fügen müssen; es sei indessen unbedingt erforderlich, daß man gegen derartige gesetzliche Bestimmungen ankämpfe, um sie zu Fall zu bringen.

Die von 1000 Personen besuchte Versammlung nahm eine scharfe Protestresolution gegen die Fleischvertheuerung an; sie ersucht die Regierung, unter Anwendung genügender sanitärer Maßnahmen, baldigst die Grenzsperre aufzuheben.

Wie sich damit die Zentrums-Mitglieder der Gesellschaft für soziale Reform abfinden, soll unsere Sorge nicht sein.

In seiner Begrüßungsrede theilte Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch mit, daß der Gesellschaft 900 Einzel-Mitglieder und 130 körperschaftliche Mitglieder angehören. Zu den letzteren zählten, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, alle evangelischen, katholischen und sonstigen Arbeiterverbände aller Parteirichtungen. Auch unter den Einzel-Mitgliedern befänden sich Herren aller politischen Parteien und Berufsstände (mit Ausnahme der Sozialdemokraten. D. Red.). Die deutsche Reichsregierung stehe den Bestrebungen der Gesellschaft sympathisch gegenüber. Zu der morgen tagenden internationalen Vereinigung für den gesetzlichen Arbeiterschutz seien mehrere Vertreter entsendet und das internationale Arbeitsamt mit reichhaltigem Material versehen.

Hofrath Professor Brentano-München beantragte hierauf, den Ausschluß der Konsumvereine, welcher auf dem Wirthschafts-Genossenschaftstag in Kreuznach beschlossen wurde, auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen, und beschäftigte sich alsdann eingehend mit dem gewerblichen Arbeiterschutz für Frauen und Kinder. Die Redner sprachen sich sämmtlich für die zehnstündige Arbeitszeit für die Frauen und für Heraufsetzung der Altersgrenze der jugendlichen Arbeiter von 16 auf 18 Jahre aus.

Von Herrn Professor Brentano wurden die freisinnigen Helden von Kreuznach zweifellos einige derbe Wahrheiten zu hören bekommen.

Eine interessante Szene gab es auf dem Kongreß der Hygieniker in München. Prof. Emmerich war so ehrlich, in seinem Schlußwort u. A. zu sagen: **Ehre, wem Ehre gebührt; der Sozialdemokratie verdanken wir allein den Fortschritt in der Bäckereiverordnung.**

Namentlich die sächsischen Theilnehmer entrüsteten sich erschrecklich darüber. Einer von diesen Biedermännern erklärte sogar wörtlich: „Wenn Emmerichs Rede im Druck erscheint, muß sie dem Staatsanwalt übergeben werden.“

Der sächsische Denunziant sollte vorher einer Kaltwasser-Heilanstalt übergeben werden.

Der nächste Fehlbetrag. Wie die offiziöse Münchener „Allg. Ztg.“ aus Berlin erfährt, ist man in Bundesrathskreisen geneigt, den Fehlbetrag im nächstjährigen Reichshaushaltsvoranschlage auf gut 150 Millionen Mark zu schätzen.

„Gut 150 Millionen“ ist gut gesagt. Es werden also noch einige hinzukommen. Es wird immer schöner im Deutschen Reiche.

Eine Vermehrung der Infanterie neben einigen Aufstellungen neuer Truppenkörper, namentlich bei der Artillerie, kündigt die „Militärztg.“, das Organ des deutschen Offiziervereins, an. — Andere Sorgen giebts für unsere Militaristen in der Zeit der Kriese und der Fleischtheuerung nicht.

Eine Erhöhung der Preise für Fleischspeisen ist ebenso wie in München auch in Nürnberg von den Gastwirthen beschlossen worden. Die Fleischerinnung in Heilbronn beschloß, von einer Erhöhung der Wurst- und Fleischpreise vorerst Abstand zu nehmen, dagegen im Hinblick auf die hohen Viehpreise den Gemeinderath um zeitweise Aufhebung der Konsumsteuer zu ersuchen und ihn zu veranlassen, für das Oeffnen der Grenzen Stellung zu nehmen.

Die agrarische Behauptung, daß eine Fleischtheuerung nicht vorhanden ist, wird illustrirt durch eine Erklärung in dem vom bayerischen Landwirthschaftsrath herausgegebenen „Wochenblatt des landwirthschaftlichen Vereins in Bayern“. In diesem für Agrarier gewiß unverdächtigen Blatt heißt es wörtlich: „Es muß zugegeben werden, daß es für den gewöhnlichen Sterblichen jetzt gerade kaum möglich ist, die Phantasiepreise zu bezahlen, die für eine großträchtige Zuchtsau gefordert werden.“ — Die preußischen Agrarierblätter aber schwindeln frech weiter: Es giebt keine Fleischtheuerung.

Stadtrath Kauffmann schrieb am 20. September cr. an den Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, er verzichte auf die Rechte aus seiner Wahl zum zweiten Bürgermeister. Er dankte gleichzeitig herzlichst für das ihm wiederholt bewiesene Vertrauen. — Es ist erreicht. Ein neuer zweiter Bürgermeister kann gewählt werden.

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Viebig.

29] (Nachdruck verboten.)

Ein wunderbares Pistonsolo ließ sich hören. Mine lauschte wie verzückt und lehnte sich an Arthur.

Er umschlang sie fester und küßte sie so heftig, daß er ihr den Hut vom Kopf stieß. Er wollte sie gar nicht loslassen. „'nen Kuß“, stammelte er, „gieb mir 'nen Kuß! Noch einen!“

Sie that ihm den Willen, sie selbst war ganz willenlos. Immer die schöne Musik, und der Hauch von den Feldern, der sie gedankenlos froh machte, wie ein Kind auf der Heimathflur.

Sie lachte. Er lachte. Hinter einander herjagend, rannten sie den Rain entlang. Nun waren sie im Heckenpfad; das alte Mütterchen war weg, der Mann ohne Beine nur noch allein da, aber er spielte nicht mehr die Harmonika, müde ließ er den Kopf auf die Brust hängen und wartete auf sein Weib, sein Kind oder den Unternehmer, der ihn heimführen sollte.

Auf flinken Füßen jagte das junge Paar an ihm vorbei. Da hielt Mine plötzlich an: „Arthur, gieb ihm was!“

Und Arthur zog die für den Kellner bestimmten fünf Pfennige und gab sie ihr, und sie legte sie dem Krüppel auf die Harmonika.

So leicht hatte sich Mine noch nie in ihrem Leben von fünf Pfennigen getrennt, selbst einen Groschen hätte sie willig gegeben. Ein plötzliches Mitgefühl für Andere hatte sie erfaßt.

Stolz gingen sie am Seepark vorbei; wie Leuchtkäferchen schimmerten die vielen Laternen im Dunkel des Gartens. Schon war die Straße belebt von Heimwärtsziehenden, von müden Eltern, müden Kindern; die tanzlustigen Pärchen fingen jetzt erst recht an.

Sie suchten die Menge zu vermeiden; sich zärtlich führend, schlichen sie hinter den Anderen drein oder stolperten abseits vom Wege zwischen Sandkuhlen und Heckengestrüpp. Mitunter blieben sie stehen und sahen sich an; sie hätten sich gern umarmt, aber Mine war scheu — da waren zu viel Augen! Immer wieder wies sie ihn zurück.

So drückte er nur ihre Hand, ihren Arm, ihre Taille. Ihre Gesichter glühten. Die Luft ging lau und trug auf ihren Schwingen verirrten Duft von fernen Gärten. Es hatte lange nicht geregnet, das Land war dürr, und trocken waren auch ihre Kehlen; ihre Lippen brannten.

In einem kleinen Gartenrestaurant, das an ihrem Wege lag, kehrten sie ein. Im „Landhaus“ war sonst kein Amüsement zu holen, keine Musik, keine Würfelbuden, keine Rutschbahn; aber heut war der lauschige stille Garten so recht etwas für sie. Sie drückten sich in den entferntesten Winkel und rückten da ganz nahe zusammen; seine Rechte lag auf ihrer Schulter, seine Linke hielt sie zwischen ihren beiden Händen unter'm Tisch.

Ihr Bier war ausgetrunken. Neue Gäste kamen, ein ganzer Strom schon auf dem Heimweg Begriffener ergoß sich noch einmal hier herein, alle Tische waren rasch besetzt. Schon warf der Kellner ärgerliche Blicke auf das Pärchen in der Ecke, das da wie angenagelt saß und doch so gut wie nichts verzehrte. — „Poplige Gesellschaft! Nicht mal fünf Pfennige Trinkgeld hatten die gegeben!“ Mit Absicht streifte er immer wieder an ihnen vorbei; nun wies er ein paar Platzsuchende an ihr Tischchen.

Da flohen sie.

„Wie lange darfste ausbleiben?“ flüsterte Arthur, als sie draußen unter den schwarzen Bäumen der Allee standen.

„Ich hab' den Schlüssel — bis Zwölwe!“

Jetzt ging es erst auf Zehn.

„Wir gehn noch nich nach Hause, noch lange nich“, flüsterte er wieder und zog ihren Arm fester in den seinen. „Komm! Is 's hier nich schöner?“

„Ja“, seufzte sie und ließ sich willig ziehen, immer weiter hinein, unter die schwarzen Bäume. — — —

Zwei, drei Villen noch, schattenhaft hinter dichtem Laubwerk auftauchend. Hinter den Gittern betäubender Blumenduft — Reseden, Levkoyen — dann eine unendlich, dunkle, einsame Leere, von weltfernen Sternen nicht erhellt.

Glühende Wange an glühende Wange geschmiegt, heißer Hauch heißem Hauch entgegenzitternd. Schulter an Schulter, Hüfte an Hüfte.

Sie schreiten dahin, immer tiefer hinein in die Einsamkeit, die ihnen zu eigen gehört, ihnen jetzt ganz allein.

XIII.

Der erste Oktober war vor der Thür. Jetzt war die Gänsesaison bald in vollem Schwung. Mutter Reschke hielt sich auch welche, in einem kleinen Ställchen im Sand- und Kartoffelkeller. Ganz mager und dürr vom Händler gekauft, wurden sie da fett gemacht — genudelt — und dann als pikfeine „Oderbrücher“ wieder verkauft. Man hatte immer einen guten Profit dabei, selbst wenn eine aus Mangel an Licht und Luft, oder wegen einer Nudel, die ihr zu unsanft eingestopft worden, rasch geschlachtet werden mußte. Dann aß man eben auch mal Gänsebraten. Mutter Reschke war, wie sie sagte, „für 'nen juten Happen immer zu haben“, und Vater Reschke, der bei saurer Milch und Schalkartoffeln groß geworden, ließ für was Feines sein Leben.

In der letzten Zeit wurde der Tisch bei Reschke's überhaupt besser geführt; Mutter Reschke fühlte sich, trotz ihrer Dicke, oft klapprig, vom vielen Stehen und ewigen Schwatzen im Laden todtmüde; da war's immer besser, man spendirte dem Magen etwas, als man trug das Geld in die Apotheke. Und es blieb auch so manches von der Waare übrig; gerade Feines, was sich nicht so leicht verkaufte, das man aber dann doch nicht umkommen lassen konnte.

Hatte das Ehepaar sich recht angegessen, so lag es, angeschwollenen Riesenschlangen nach dem Frosch gleich, in den Sofaecken und hielt einen Verdauungsschlaf. Mochte dann die Klingel sich rühren mit eindringlich mahnendem Gellen, das war jetzt nicht seine Sache im Laden zu bedienen! Einmal muß doch der Mensch seine Ruhe haben.

Elli stand dann hinter'm Ladentisch auf einer Fußbank und überschaute altklugen Blickes das ihr Anvertraute. Um diese Zeit war nicht viel los; höchstens, daß ein Arbeiter vom Neubau kam und sich eine Zigarre holte — seit in der Nähe gebaut wurde, hatten sich Reschke's auch Zigarren zugelegt, aber dabei war auch nichts zu verdienen — fünf Pfennig das Stück! — bloß damit die Leute nicht in's Zigarrengeschäft gingen.

Desto fleißiger kamen die Kinder aus der Nachbarschaft nach Johannisbrot und Gerstenzucker, besonders die Knaben. Unter diesen hatte Elli viele Verehrer, denn sie geizte nicht mit ihren Reizen, theilte großmüthig Gerstenzucker und Lakritzen, Johannisbrot und Hustenbonbons aus. Vor Allem, wenn ihr Einer gefiel, gab sie mit vollen Händen. Der Ladentisch war förmlich umlagert; manche Keilerei aus Eifersucht entstand. Dann retirirte Elli oben auf den Ladentisch und sah interessirt zu, wie ihre Verehrer sich gegenseitig Beulen schlugen.

Mutter Reschke war immer sehr erfreut über den regen Zulauf, den ihre Elli hatte. „Det is en Mächen! Jieb Obacht“, sagte sie zu ihrem Mann, „die zieht uns den janzen Laden voll. Wenn die erst jroß is, sind wer feine raus!“

Ja, Mutter Reschke hatte ganz besondere Kinder, deren Tugenden sie Jedem, der es hören oder nicht hören wollte, mit großer Geläufigkeit anpries. „Wer haben aber ooch wat Ordentlichet for unse Kinder jethan“, verfehlte sie nie hinzuzusetzen. „Was mein Mann un ick sind, wir jeben det Letzte hin for de Kinder! Schon alleene mit's Essen. Ick bin et Arthurn und Truden schuldig, die jeben Kostjeld — ville zu wenig is't zwar man — aber wir sind ja nich von die Eltern, die da druf sehn!“

„Ordentlich essen muß der Mensch“, sagte sie zu Bertha, die heute Abend einmal wieder, wie schon oft, sich bei ihr über das Essen, das sie erhielt, beklagte. „I du meine Jüte, Sie sind scheene dumm, Berthchen! Warum nehmen Se sich denn nischt? Steht schonst in de Bibel: „Man soll dem Ochsen, der da drischt, det Maul nich verbinden“ — hier, Ellichen, haste 'ne Schoklade! Nee, meine Kinder sollen mal nich von mich sagen, det ick se nischt jeönnt habe! Immerzu, Berthchen, nehmen Se man ooch eene!“

Sie hielt dem Mädchen ein Kistchen mit kleinen Preßkohlen von Chokolade hin, und dieses langte gierig zu.

Hei, wie die Dinger gut schmeckten! Inwendig waren sie mit rosa Crême gefüllt; sie schmolzen auf der Zunge und glitschten die Kehle hinunter wie Balsam.

Als Frau Reschke für einen Augenblick abgerufen wurde, und Elli hinter ihr drein lief, konnte Bertha nicht widerstehen, noch einmal in das Kistchen zu [illegible]; die Reschke gönnte es ihr ja. Dann noch einmal!

Dr. Schädler über das 100,000 Mark-Telegramm. Aus München wird gemeldet: Sonntag hat in Tunkenhausen unter freiem Himmel die 49. General-Versammlung des bayerischen patriotischen Bauernvereins stattgefunden. Reichstags-Abgeordneter Dr. Schädler hielt dabei eine fulminante Rede über das Kunsttelegramm des Kaisers.

Herr Schädler macht große Worte und es ist nichts dahinter; die „Antwort" des Zentrums kennen wir jetzt schon, bei der nächsten Militär- und Marinevorlage knickt es zusammen.

Vom Duellunfug. Aus Kiel wird gemeldet: Die Fähnriche z. S. Scheel und Müller gerieten im Schlafraum der Marine-Akademie in Streit. Der Zusammenstoß endete damit, daß ein Zweikampf auf Säbel vereinbart wurde. Das Duell fand in der Turnhalle der Akademie statt. Scheel erhielt eine erhebliche Kopfverletzung. Müller wurde mit einem Kammerarrest von 14 Tagen bestraft.

Reichstagsabgeordneter Ahlwardt, der seit Jahren in Berlin nicht mehr öffentlich aufgetreten ist, gedenkt in dieser Woche eine öffentliche antisemitische Volksversammlung in der Reichshauptstadt einzuberufen. Pekuniär soll der zur Zeit in Nordende bei Reinickendorf ansässige Agitator sich in ziemlich günstiger Lage befinden. — Vielleicht veranstaltet Pückler eine Konkurrenz-Vorstellung.

Ausland.

Ein königliches Familienidyll. Die Königin von Belgien Marie Henriette ist, wie kurz berichtet, am Freitag Abend gestorben. Ihre Ehe mit König Leopold war eine Tragödie. Und ihrer Ehe entsprach auch deren Lösung durch den Tod. König Leopold weilte, während das Ende der Gattin täglich zu erwarten war, ruhig in einem Pyrenäenbad. Die letzten Nachrichten von dem hoffnungslosen Zustand seiner Gemahlin beantwortete er durch die Ankündigung, daß er den Aufenthalt in den Pyrenäen bis in den Oktober hinein ausdehnen werde!

Arbeiterbewegung.

Aussperrung christlicher Arbeiter. Wegen Differenzen wurde in den Webereien in Cösfeld bei Essen **500 Mitgliedern des christlichen Textilarbeiterverbandes gekündigt.**

Die Fabrikanten sind natürlich ebenfalls gute Christen, aber das thut nichts. Sie verfahren mit den christlichen Arbeitern genau wie mit den sozialdemokratisch „Verhetzten". Vielleicht ist das eine Lehre für die Arbeiter.

Bei den Teplitzer Gewerbegerichtswahlen sind die Kandidaten der Deutschnationalen durchgefallen. Zum größten Theil wurden Sozialdemokraten gewählt.

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, 19. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

In der Debatte über die

Reichstagswahlen

wünscht

Welker-Wiesbaden, daß der Parteivorstand Vorsorge dafür treffe, daß im Wahlkampf geeignete agitatorische Kräfte in alle Reichstagswahlkreise gesandt werden. Das Zentrum müsse nicht nur vom wirthschaftlichen, sondern auch vom Standpunkt des Kampfes gegen die Kirche bekämpft werden. Die Grundlage des kirchlichen Glaubens muß bei den katholischen Arbeitern noch mehr als bei den evangelischen erst erschüttert werden, ehe sie für die sozialistischen Lehren empfänglich werden. Für die dumpfgläubige Bevölkerung ist das Bestehen der Sozialdemokratie an sich schon eine Auflehnung gegen die göttliche Ordnung. Zielbewußt muß daher für die Untergrabung des kirchlichen Glaubens gesorgt werden. (Ruf: Schluß mit dem Unsinn. **Singer** ersucht, derartige Zwischenrufe zu unterlassen.) Redner bittet um Annahme einer Resolution, welche die religiöse Aufklärungsarbeit besonders in den Wahlkreisen, wo das Zentrum dominirt, fordert. (Die Resolution findet keine genügende Unterstützung.)

Geyer-Leipzig: Die Verhandlungen der Zolltarifkommission bieten das allerbeste Agitationsmaterial gegen das Zentrum. (Sehr richtig!) Die Konservativen werden sicher mit dem Zentrum ein Kompromiß abschließen und sie werden sich auf die Regierungsvorlage zurückziehen. Selten hat sich die materielle Interessengemeinschaft der bürgerlichen Parteien so gezeigt, wie in der Zolltarifkommission. Wir müssen jedenfalls alle Register in der Agitation ziehen, damit der Entwurf so schnell als möglich zu Fall kommt. (Bravo!)

Hengsbach-Köln: Ich freue mich, daß sich für die Resolution Welker nur zwei Stimmen erhoben haben; wir müssen den Punkt 6 unseres Programms: Religion ist Privatsache, ernst nehmen und die Gegner werden aus der Stellungnahme des Parteitages ersehen, daß dem in der That so ist. (Sehr gut!) Der Kampf gegen das Zentrum ist gewiß nicht so einfach, es hat in seiner ganzen Kaplanei eine Flotte bezahlter Agitatoren. Wir dürfen auch nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß das Zentrum am Zolltarif zu Grunde gehen werde; die christlichen Arbeiter werden wir schwer gewinnen, das hat die Wahl in Duisburg wieder gezeigt. Mit der Agitation und dem Ausbau der Organisation muß sofort begonnen werden. Bebels Mahnung, sich nicht zu sehr auf die Zentralhauptkasse zu stützen, war sehr am Platze.

Kittler-Heilbronn: Auch ich möchte entschieden abrathen, den Boden zu betreten, den uns der Genosse Welker angerathen hat. Wir haben Waffen gegen das Zentrum genug, und brauchen nicht die Religionsfrage in den Vordergrund stellen.

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Der Kampf wird im Zeichen des Zollwuchers stehen. Bebel hat das meisterlich ausgeführt. Es hieße 12,000 Mk. in den Klingelbeutel des Grafen Posadowsky legen, wollte ich diesen Ausführungen noch etwas hinzufügen. Die Junker wollen mit dem Zolltarif sich nicht nur die Taschen füllen, sondern ihren Einfluß, ihre politische Macht stärken. Die Bourgeoisie setzt dem Junkerthum kaum einen nennenswerthen Widerstand entgegen. Herr Siemens hat die Frage gestellt: Ist die Erhöhung der Getreidezölle nothwendig, um die Junkerklasse zu erhalten?, diese Frage aber nicht klipp und klar mit einem Nein beantwortet. Damit hat er schon Verrath am arbeitenden Volke geübt. Dem Freisinn fehlt es an Kraft, das Junkerthum politisch zu expropriiren. Er verzichtet auf den energischen Kampf gegen das Junkerthum, weil er sich dieses Junkerthums als politischen Hausknechts gegen das Proletariat bedienen will. Deshalb muß das Proletariat sich bei Stichwahlen die Vertreter des Bürgerthums genau ansehen, ehe es ihnen seine Stimme giebt. Rednerin stellt den Antrag, daß dem „Vorwärts" alle gegnerischen Flugblätter zugesandt werden, daß sie dort Entgegnungen finden, damit die Genossen im Lande diese Abwehrartikel benutzen können. (Bravo!)

Leyendecker-Höchst: Die früheren Parteitage haben die Macht des Zentrums verkannt. (Widerspruch.) Jetzt müssen wir Alles thun, um die Waffen gegen das Zentrum zu schärfen. Unsere Presse muß uns mehr Waffen für den Kampf liefern. Es müssen in aussichtsvolle Wahlkreise tüchtige Agitatoren gesandt werden.

v. Vollmar-München: Ich möchte ein Wort sagen zu der Frage, die von Welker angeregt ist. Welker will da anfangen, wo wir vor 25 Jahren aufgehört haben. (Sehr richtig!) So traurig das an sich ist, so hat es doch dem Parteitag Gelegenheit gegeben zu beweisen, daß die Gegner uns verleumden, wenn sie behaupten, diese Ausführungen entsprächen dem Parteistandpunkt. Wenn Sie dem Zentrum einen sehr großen Gefallen thun wollen, dann lassen Sie sich auf den religiösen Kampf ein. (Sehr richtig!) Gerade das religiöse Thema ist stets die **letzte Zuflucht** der Zentrumsagitatoren in den Versammlungen. (Sehr richtig!) Die Freireligiösen mögen ihre Kulturkampfpauken und Pfaffenfresserei in ihren freireligiösen Gemeinden treiben, in unserem wirthschaftlichen und politischen Kampf mögen sie uns nicht stören. Leider hat auch die Parteipresse in dieser Beziehung im letzten Jahre Manches gesündigt. Ich erinnere nur an die bekannten Lofinsky'schen Broschüren, die ein Ausfluß des alleroberflächlichsten „Aufklärichts" sind. (Sehr richtig!) Diese Kampfesart widerspricht unserem Parteiprogrammpunkt Religion ist Privatsache. Wir müssen in religiöser Beziehung jedem Parteigenossen volle Meinungsfreiheit gewähren, da sonst ein Kampf Aller gegen Alle in der Partei entstehen würde. Wir haben also volle Neutralität zu üben gegenüber jeder religiösen Auffassung, soweit sie Herzenssache ist. Dagegen können wir sehr wohl gegen das Zentrum auftreten, insoweit es die Religion zu politischen und wirthschaftlichen Unterdrückungszwecken benutzt. Jeder Parteigenosse, der in der Agitation aber nicht genauweiß, wie weit er in dieser Beziehung zu gehen hat, möge sich möglichste Zurückhaltung auferlegen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Krohn-Konstanz schließt sich den Ausführungen Vollmars an. Das Material gegen das Zentrum ist reich. Es muß aber gesammelt werden und den Agitatoren zur Verfügung gestellt werden. Bei den Stichwahlen sind wir in eigenthümlicher Situation. Wir badischen Sozialdemokraten stimmen nicht für das Zentrum; durch Wahlenthaltung könnten wir aber dem Zentrum zum Siege verhelfen und auch das wollen wir nicht. Wir können also in die Lage kommen, gegen einen Zentrumsmann einen Nationalliberalen unterstützen zu müssen.

Ledebour-Berlin: Wir wissen, daß nur mit der schärfsten Opposition gegen die bürgerlichen Parteien, getreu unseren revolutionären Anschauungen, etwas erreicht werden kann.

Adolf Hoffmann-Berlin: Vollmar sprach von „freireligiösen Anschauungen und warf Alles in einen Topf, was überhaupt mit Freidenkerthum zusammenhängt. Ich vermiße bei ihm die genügende Toleranz unserem freireligiösen Standpunkt gegenüber. (Widerspruch.) Religion ist nicht Privatsache, sondern sie soll Privatsache werden, und in dieser Beziehung sollte man die Arbeit der Freidenker anerkennen.

Welker-Wiesbaden: Das geringe Interesse, das meiner Resolution entgegengebracht wurde, steht nicht im Einklang mit den Anschauungen großer Kreise innerhalb der Partei. Bebel hat in seiner Broschüre: Christenthum und Sozialismus das Wort geschrieben: „Täuscht nicht Alles, so beginnt das 20. Jahrhundert wieder mit einem Kampf gegen Kirche und Dogma und gegen das herrschsüchtige Priesterthum. Die immer weiter in die Masse dringenden Resultate der Naturwissenschaft, Geschichtsschreibung und die Erkenntniß der ökonomischen Thatsachen, die allen religiösen Lehren Hohn sprechen, bereiten den Boden für diesen Kampf." Ein Kampf in diesem Sinne verstößt nicht gegen das Parteiprogramm. Die Religion ist noch nicht Privatsache, wir wollen sie erst zur Privatsache machen. Dazu genügt es nicht, daß wir die Trennung von Kirche und Staat propagiren, sondern wir müssen uns aufklärend an die Glieder der Kirche selbst wenden. Wir müssen ihnen klar machen, daß sie in ihrer Jugend vergewaltigt worden sind und noch vergewaltigt werden durch Glockenklang, Priesterwort und Beichtstuhl, und daß sie ihre Kinder in derselben Weise vergewaltigen, wenn sie dieselben in einem Alter, wo sie noch nicht selbst verstehen können, für ein bestimmtes Bekenntniß verpflichten. (Andauernde Unruhe.) Redner schließt mit dem Rufe: Ecrasez l'infâme! (Heiterkeit und Unruhe.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

v. Vollmar (persönlich): Mir ist es nicht eingefallen, die freireligiöse Gesinnung anzugreifen, wie Adolf Hoffmann meinte. Ich lasse Jedem die Freiheit, seine religiöse Anschauung zu vertreten, nur nicht innerhalb der Partei. (Sehr richtig!)

Das Schlußwort erhält

Bebel: Genosse Krohn hat an mich die Anfrage gestellt, ob in der Stichwahl, falls ein Nationalliberaler gegen einen Zentrumsmann steht, für den ersteren gestimmt werden könne. Ich halte das für ausgeschlossen, da es heute nicht zu erwarten ist, daß ein Nationalliberaler sich auf die in meiner Resolution festgelegten Forderungen verpflichtet. Noch einige Worte gegen Welker. Ich hätte nicht geglaubt, daß die angeführten Worte in meiner Broschüre so mißverstanden werden könnten. Welker hat geschlossen mit dem bekannten Wort Voltaires: Ecrasez l'infâme! (Nieder mit der Infamie!) Das wäre ja schön, wenn das der Wahlspruch der sozialdemokratischen Partei würde, das hieße nichts Anderes, als uns wieder in einen Kulturkampf über die kirchlichen Dogmen einlassen. (Sehr richtig!) Daß das dem klaren Wortlaut des Programms widerspricht, ist zweifellos. Das Programm verlangt Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke. Das ist unsere klare und deutliche politische Stellungnahme gegenüber jeder Vermengung von Kirchengewalt und Staatsgewalt. Ich bitte den Genossen Welker dringend, daß er diese Worte beherzigt und nicht draußen in der Agitation in denselben Fehler verfällt, wie hier. Sollte er etwa als Kandidat in einem Wahlkreise gegen das Zentrum aufgestellt sein, so würde er sicher mit einer derartigen Agitation absolut nichts erreichen. (Sehr richtig!)

In der Abstimmung wird hierauf die Resolution Bebel einstimmig angenommen. Ebenso wird der Antrag Zetkin angenommen, gegnerische Flugblätter an den „Vorwärts" einzuschicken, damit sie dort bekämpft werden.

Damit ist der Punkt Reichstagswahlen erledigt.

Hierauf wird die von der gewählten Redaktionskommission bearbeitete Resolution Molkenbuhrs zum Punkt

Arbeiter-Versicherung

in folgender Fassung angenommen:

Die Versicherungsgesetze des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirthschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirthschaftlich gleichstehenden Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. volle Selbstverwaltung der Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Arbeiter-Versicherung;
6. weiterer Ausbau der Unfallversicherung und der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten, insbesondere zu diesem Zweck: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe. Die Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu besolden; voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen;
7. Unterstützung von Schwangeren, sobald gegen das Ende der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren und von Wöchnerinnen für die Dauer von wenigstens 8 Wochen vom Tage nach der Entbindung an;
8. Organisation des Arbeitsmarktes;

Lobe-Theater.

„Ledige Leute". Komödie in 3 Akten von Felix Dörmann. Das schon vier Jahre alte Stück erlebte hier am Sonnabend seine erste Aufführung. Es ist ein echtes Wiener Sittenstück, belebt von scharf charakterisirten Gestalten. Wenn auch der Dichter mehrfach Gestalten und Situationen anderen Werken nachgeschaffen hat, so haben wir es doch im Ganzen mit einer durchaus originalen Schöpfung zu thun. Eine Wiener Mutter lebt „recht und schlecht" von den Erträgnissen der Liebenswürdigkeit ihrer drei Töchter gegen ihre mehr oder minder zahlungsfähigen jüngeren oder älteren Verehrer. Ein blöder Jüngling wird von kundigen Freunden in die leichte, lustige Familie eingeführt und verliert sein Herz an die jüngste Tochter „Lux" (Louise), die er retten will, weil er sie noch für rein hält. Auch Lux, die längst an einen alten reichen Freund verkuppelt ist, möchte heraus aus dem Sumpf, sie liebt den vertrauensseligen Toni Wallner aufrichtig, spielt, um ihn nicht zu verlieren, die noch Unschuldige und läßt sich von ihm zu seiner Mutter entführen. Aber ihr Streben nach Befreiung ist vergeblich, die kupplerische Mutter läßt sie nicht aus ihren Fängen und klärt den schwärmenden Toni über die „Reinheit" seines Liebchens auf. Lux kehrt zum alten Leben zurück, nicht ohne der Mutter die Erlaubniß abgezwungen zu haben, ihren Schatz zu Hause empfangen zu dürfen, wenn der zahlende Verehrer fern ist und der grausam enttäuschte blöde Junge Toni bricht in Thränen der Scham und des Grams um die verlorene Jugendliebe aus. So endet das Stück, Anfangs eine echte Komödie, mit ein rechtes Trauerspiel.

Gespielt wurde mit einigen Ausnahmen trefflich. Von den Damen zeichnete sich in den Hauptrollen Fräulein Konrad als Lux durch natürliches, in den letzten Szenen von echter Leidenschaft bewegtes Spiel aus. Eine Darstellerin von ganz hervorragender komischer Kraft offenbarte sich in dem neu engagirten Fräulein Porth, die das Dienstmädchen Resi mit köstlicher Wirkung herausbrachte. Gleiches gilt von dem Darsteller einer anderen Nebenrolle, Herrn Fröhlich, auch eine neuengagirte Kraft, der in der Rolle des Soldaten Vinzi eine echt Wienerische Volksgestalt schuf. Daß Herr Marx, ein wegen Verschwendung entmündigter Verehrer einer der drei Töchter der liebenswürdigen Mutter Brandl, das Spiel nicht verdarb, ist selbstverständlich. Frau Wallner als Mutter Brandl war nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgabe, sie vergröberte oft die nicht sonderlich sympathische Gestalt dieser kupplerischen Mama. Herr Strral gab den verliebten und vertrauenden Jüngling Toni gar zu hölzern. Von den übrigen Darstellern ist nichts zu sagen, wenigstens nichts Gutes. Fräulein Durieux fand sich mit der weinerlichen ältesten Tochter der Mutter Brandl so gut ab, wie das die ihr wohl nicht zusagende Rolle eben gestattete. nr.

Aus aller Welt.

Wegen Verbrechens gegen das Leben ist in Berlin die 34 Jahre alte Hebamme Frau Marie Brode verhaftet worden. Die 37jährige Leiterin eines Korsetgeschäftes hatte ein Verhältniß mit einem geschiedenen Manne. Ende vorigen Monats nahm sie ein Vierteljahr Urlaub, angeblich um sich zu verheirathen. In Wirklichkeit ging sie zu der Hebamme, um die Folgen des Verhältnisses zu beseitigen. Der Ausgang war aber der, daß Fräulein S. starb. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte die Leiche und ließ sie gerichtsärztlich öffnen. Daraufhin wurde die Hebamme von der Kriminalpolizei festgenommen und nach Vernehmung mehrerer Zeugen, u. A. der Wirthin der Verstorbenen, in Untersuchungshaft gesetzt.

Ein Alkoholgegner. Gelegentlich der Besprechungen über den Mißbrauch des Alkohols und die Bildung einer Guttemplerloge in Landsberg a. W. that, wie die „Neum. Ztg." berichtet, ein Einwohner, der eine lange Rede über den Schaden des Alkohols angehört hatte, einen geradezu klassischen Ausspruch. Der Mann, ein biederer Handwerker und auch Freund von Bier und Schnaps, sagte die denkwürdigen Worte: „Das ist ganz recht; wir haben in Landsberg recht gutes Bier und einen ordentlichen Schnaps, wozu brauchen wir da noch den verfluchten Alkohol!"

Wegen fortgesetzter schwerer Wechselfälschungen und Betruges wurde von der Strafkammer in Freiberg der Großindustrielle Heinrich Giesecke aus Leipzig-Plagwitz, Mitinhaber der sächsischen Dynamowerke in Meldo-Freiberg zu drei Jahren Zuchthaus und sieben Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Durch die Unvorsichtigkeit eines Soldaten ist in Freiberg in Sachsen ein schweres Unglück verursacht worden. Als am Sonntag ein Geschütz des gegenwärtig dort einquartirten 28. Feldartillerie-Regiments verschiedenen Personen ein Geschütz und die Ladung desselben erklärte und hierbei eine Mauser-Kartusche in das Geschütz gesteckt habe, entlud sich plötzlich das letztere. Ein Mädchen wurde in die Brust getroffen und sofort getödtet, mehrere andere Kinder wurden theils schwer theils leichter verletzt.

Was der menschliche Körper alles verträgt. Fünfzehn Jahre hat das 22jährige Dienstmädchen Zirkan in Marienburg eine Haarnadel im Körper gehabt. Die Z., die eine Fistel am Bein bekam und große Schmerzen hatte, wurde in das Marienhaus zur Behandlung gebracht. Der Arzt, der Anfangs glaubte, daß eine Knochenzersplitterung vorliege, schritt noch mit einem zweiten Arzt deshalb zur Operation. Anstatt des Knochens kam nun eine Haarnadel zum Vorschein, die ganz verrostet herausgezogen wurde. Auf Befragen sagte das Mädchen, daß es im Alter von sieben Jahren eine Haarnadel heruntergeschluckt, sonst aber die Schmerzen verspürt habe.

Bootsunfall. Ein mit Urlaubern des russischen Schulschiffs „Oleg" bemanntes Boot wurde Sonntag Abend von dem Hafendampfer „Podbielski" überrannt und in der Mitte durchschnitten. Die Insassen des russischen Bootes, etwa 40 Mann, stürzten ins Wasser. Die Kommandanten der vor Anker liegenden Kriegsschiffe sandten Hilfe. Auch ließen sie zum Aufsuchen der Verunglückten die Scheinwerfer spielen; ob aber alle Verunglückten geborgen sind, steht zur Zeit noch nicht fest.

Ein aus der Irrenanstalt ausgebrochener Raubmörder Namens Theobald Wingart bildet den Schrecken der Bewohner der Gegend von Krems in Nieder-Oesterreich. Wingart lebt von den Nahrungsmitteln, die er der Landbevölkerung abzwingt. Die Bauern wagen nicht, den Räuber anzuzeigen, weil sie sich vor Mord und Brandstiftung fürchten. 200 Mann durchstreifen mit der Gendarmerie die Gegend, können des Gesuchten aber nicht habhaft werden. Man glaubt, Wingart erst im Winter fangen zu können, wenn große Kälte ihn zwingt, ein Obdach aufzusuchen.

Eine gewaltige Explosion trug sich, wie der „Berliner Volkszeitung" berichtet wird, auf der Wladimir'schen Branntweinbrennerei bei Minussinsk zu, bei der zehn Personen das Leben verloren. Mit dem Handlungsgehilfen Potapow begaben sich Abends 6 Uhr mehrere Angestellte und eine größere Anzahl Arbeiter in den über 20,000 Eimer umfassenden Spirituskeller, um die Menge des aufgespeicherten Spiritus zu bestimmen. Potapow konnte sich im Finstern nicht zurechtfinden, brannte ein Streichholz an und in Folge dessen entzündeten sich die durch die warme Jahreszeit ausgeschiedenen Gase. Es erfolgte eine gewaltige Explosion. Eine eiserne Zisterne wurde auseinandergesprengt und die auf ihr stehenden Leute wurden zur Seite geschleudert. Ein Unglücklicher fiel in die brennende Zisterne hinein; nachher fand man nur noch seine angebrannten Knochen. Ein Anderer wurde in die Höhe geschleudert, wobei ihm der Kopf abgerissen wurde, ein Dritter wurde zu Boden geschleudert und entsetzlich verstümmelt. Die zu seiner Rettung herbeigeeilten Arbeiter unter der Anführung des Verwalters der Brennerei, Bogdanow, hatten ihn kaum aus dem Keller hinausgetragen, als eine zweite Zisterne explodirte und das Feuermeer noch vergrößerte. Da kam Bogdanow auf den unglücklichen Gedanken, zur Rettung des übrigen, noch nicht in Brand gerathenen Spiritus, der sich in einer dritten Zisterne befand, etwa zwanzig Arbeiter zu beordern, die den Spiritus in Eimern aus dem Keller herausstragen sollten. In großer Hast und Eile begannen diese den Befehl auszuführen, wobei sie sich mit der feuergefährlichen Flüssigkeit begossen. Auf einmal standen acht von diesen dicht neben den brennenden Zisternen arbeitenden Arbeiter ebenfalls in Flammen. Es gelang, einige als verbrannte Leichen aus dieser Hölle mit Haken herauszuziehen; andere konnten noch lebend, mit schweren Brandwunden versehen, gerettet werden, starben jedoch am anderen Tage.

Ein neuer Ausbruch des Soufriere auf St. Vincent erfolgte Sonntag Nacht. Aus dem Vulkan schlugen unter Donnergetöse, aber ohne Asche oder Lava, hohe Flammen hervor.

9. Einführung der Arbeitslosenversicherung;
10. Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

Es kommen hierauf die folgenden zum Organisationsstatut gestellten

Anträge

zur Verhandlung:

Parteigenosse Friedrich Kölle in Nürnberg beantragt: Im Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei ist im § 2 der Satz anzufügen: „Gegen Parteigenossen, die aus einer Landesorganisation ausgeschlossen wurden, ist der Antrag auf Ausschluß aus der Gesammtpartei zu stellen."

Der Kreistag des Merseburg-Querfurter Wahlkreises beantragt: Der Parteitag wolle beschließen, daß Leute, die als Sozialdemokraten eine gegnerische Zeitung redigiren und in dieselbe Artikel aufnehmen, die die sozialdemokratische Partei mit Schmutz bewerfen, aus der Partei auszuschließen sind.

Die Parteigenossen des zweiten Hamburger Wahlkreises beantragen: Auf dem Parteitag sind nur die von den Parteigenossen gewählten und mit Mandat versehenen Delegirten stimmberechtigt.

Frau **Zietz**-Hamburg beantragt, der Parteitag möge erklären: Durch das Organisationsstatut, welches der Parteitag zu Mainz der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, wird in keiner Weise das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerkannte Recht berührt, zur Betreibung einer einheitlichen und planmäßigen Agitation unter den proletarischen Frauen eine Vertrauensperson zu wählen.

v. Vollmar-München wendet sich gegen den Antrag Kölle, der in Nürnberger Vorgängen seinen Grund hat. Er spräche im Interesse der aus der Landesorganisation Ausgeschlossenen. Diese könnten nach einer Zeit der Buße eventuell wieder aufgenommen werden. Das Beste wäre, keinen Beschluß zu fassen, die Sache vielmehr in der Schwebe zu lassen.

Dickreiter schließt sich den Ausführungen Vollmars an.

Parteisekretär Pfannkuch hält es nicht für angängig, daß die Nürnberger ausgeschlossenen Parteigenossen in Bayern Parteigenossen zweiter Güte, im übrigen Deutschland aber Parteigenossen mit allen Rechten sind. Wer in Bayern nicht würdig ist, Parteigenosse zu sein, kann es auch im übrigen Deutschland [illegible].

Timm-München hält eine Entscheidung für nothwendig. Vollmar hat es [illegible] den betroffenen Genossen gut gemeint, aber die Konsequenzen sind unhaltbar. Er bitte, den Antrag Kölle abzulehnen und der Parteivorstand möge aussprechen, daß nach dem allgemeinen deutschen Organisationsstatut auch in den einzelnen Landesorganisationen verfahren werden möge.

Nach längerer Diskussion, in der von Parteivorstandsmitgliedern der Wunsch ausgesprochen wurde, keine definitive Entscheidung in der Sache zu fassen, wird der Antrag Kölle abgelehnt und ein Antrag Gerisch angenommen, der eine Aenderung des § 2 des Organisationsstatuts in Anregung gebracht hatte.

Florin-Zeitz: Ich bin gebeten worden, den Antrag von Merseburg zu vertheidigen, der auf den Fall des Dr. Berthold Bezug nimmt, kann Sie aber nur bitten, den Antrag abzulehnen. (Große Heiterkeit.) Der Fall Berthold ist im Parteivorstand geprüft worden und hätte er so gelegen, wie der Antrag annimmt, so wäre Berthold jedenfalls ausgeschlossen worden. Das war aber nicht der Fall.

Gerisch-Berlin schließt sich dem Vorredner an. Der Antrag rennt offene Thüren ein. Im Falle Berthold ist das Schiedsgericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei Berücksichtigung aller Umstände von ehrloser Gesinnung Bertholds nicht die Rede sein könne. Berthold ist ganz einzigartig seelisch organisirt (Heiterkeit), einen zweiten Berthold dürfte es kaum geben. Das Schiedsgericht hat sich auf den schärfsten Tadel beschränkt, der möglich war.

Der Antrag Merseburg wird hierauf abgelehnt.

Paul Hoffmann-Hamburg II begründet den Antrag seines Wahlkreises. Innerlich bin ich von seiner Wichtigkeit nicht einmal überzeugt. (Große Heiterkeit.) Ich halte es nicht für schlimm, wenn auch einige Genossen, die nicht den Anforderungen des Antrages entsprechen, stimmen. Aber ich mußte den Antrag doch begründen. (Erneute Heiterkeit.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich halte die Sache doch für ernster, als der Vorredner. Das Stimmrecht auf dem Parteitag sollte einmal einer Revision unterworfen werden. Auf diesem Parteitag sind 12 Kreise mit drei Delegirten vertreten. Darunter befinden sich Orte wie Berlin, Leipzig, Straßburg, Chemnitz, Teltow-Beeskow und — Rosenheim. (Heiterkeit.) Ich bin ja fest überzeugt, daß die Genossin Lily Braun, die auch von Rosenheim delegirt ist, nicht aus liebenswürdiger Freundschaft das Mandat erhalten hat, sondern jedenfalls wegen ihrer Verdienste um die Landagitation. (Heiterkeit.) Anders kann ich es nicht verstehen. Mich freut es sogar. Es beweist zum Mindesten, daß wir Norddeutsche Unrecht haben, zu behaupten, die Bayern seien preußenfeindlich, sie holen sich ja sogar ihre Delegirten aus Preußen. (Große Heiterkeit.) Es ist aber Thatsache, daß Leute mit Mandaten zum Parteitag kommen, von deren Existenz wir vorher kaum etwas erfahren haben, die wohl die Ehre der Vertretung, aber nicht die Lasten der Arbeit übernehmen wollen. (Unruhe.) Wenn ein Kreis mit 2000 Stimmen ebensoviel Delegirte haben kann, wie einer mit 58,000 Stimmen, so zeigt das, daß die Frage des Stimmrechts auf dem Parteitag einer Revision unterzogen werden muß.

Berard-Hamburg erklärt, daß der Antrag Hamburg II sich gegen ihn richte, der als Vertreter des vom Parteivorstand ressortirenden Parteigeschäfts auf dem Parteitage zugelassen sei. Er bitte, den Antrag abzulehnen. Da seine Geschäftsführung der Kritik unterliege, müsse er sich auch verantworten können und Stimmrecht haben.

Gerisch: Der Antrag Hamburg II würde nicht nur die Geschäftsführer der Parteigeschäfte, sondern die Abgeordneten, die Kontrolleure, ja den Parteivorstand vom Parteitag ausschließen. Die kleinen Ungleichheiten, die mit unterlaufen können, geben keinen Anlaß zu grundlegenden Aenderungen.

v. Vollmar-München: Dem Genossen Hoffmann-Berlin scheint es merkwürdig erschienen zu sein, daß der Wahlkreis Rosenheim von seinem formellen Recht Gebrauch machte, drei Delegirte zu senden. Er hat auch sachlich das Recht dazu, denn er ist einer unserer größten und besten altbayerischen Wahlkreise. Dann scheint es dem Genossen Hoffmann nicht gefallen zu haben, daß von Rosenheim Frau Lily Braun hergeschickt ist. (Hoffmann ruft: Im Gegentheil!) Na, das kennt man ja. (Heiterkeit.) Er hat sich gewundert, daß die Bayern Preußen als Delegirte herschicken. Es kommt eben darauf an, wer es ist. (Heiterkeit.) Ob die Bayern gerade den Genossen Hoffmann herschicken würden, ist mir sehr zweifelhaft. (Große Heiterkeit.) Genossin Braun war übrigens Monate im Wahlkreise Rosenheim anwesend, hat mehrere Vorträge gehalten und diese haben den Rosenheimer Genossen so a[illegible] gefallen, daß sie sie delegirt haben. Wenn Hoffmann etwas weiß, daß es beim Rosenheimer Mandat nicht richtig zugegangen ist, so möge er es sagen, sonst schweigt er besser. (Sehr richtig! Hoffmann ruft: Das ist unerhört!)

Krause-Chemnitz: Daß der Kreis Chemnitz drei Delegirte entsandte, was Hoffmann-Berlin bemängelte, war durchaus berechtigt. Jedenfalls habe ich noch nicht bemerkt, daß einer dieser Delegirten den Parteitag mit unnöthigen Reden aufgehalten hätte. (Heiterkeit. Sehr gut!)

Paul Hoffmann-Hamburg II konstatirt, daß sich der Hamburger Antrag nicht gegen die Abgeordneten wende.

Der Antrag Hamburg II wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Frau Zietz-Hamburg begründet ihren Antrag. Sie wissen, daß der Mainzer Parteitag nach Aufhebung des Verbindungsverbots eine Reorganisation der Partei vorgenommen hatte. Es wurde damals befürwortet, daß alle Arbeit, die früher von Vertrauenspersonen geleistet war, jetzt in die politischen Vereine zu legen sei. In Hamburg war man nun der Meinung, daß, da die Frauen in die politischen Vereine eintreten können, sie eine besondere Organisation durch Vertrauenspersonen nicht einrichten dürften. Man hat sich zwar in Hamburg geeinigt, ich bitte Sie aber, die Frage prinzipiell dahin zu entscheiden, daß die Frauen im Interesse der Theilung der Arbeit auf jeden Fall berechtigt sind, zur Betreibung einer einheitlichen und planmäßigen Agitation unter den proletarischen Frauen eigene Vertrauenspersonen zu wählen, wie es meine Resolution verlangt.

Hier werden die Verhandlungen abgebrochen.

Hoffmann-Berlin (persönlich): Vollmar hat mich völlig mißverstanden, wenn er glaubt, ich hätte dem Wahlkreis Rosenheim das Recht bestreiten wollen, drei Delegirte oder solche, die ihm passen, herzuschicken. Das habe ich nicht gethan und Vollmar hatte garnicht nöthig, mich zur Zielscheibe seiner billigen Witze zu machen. Daß ich Recht hatte, beweist die Annahme meines Antrages. (Heiterkeit.)

* * *

München, 20. September.

(Ausführlicher Bericht vom sechsten Verhandlungstag.)

Vormittagssitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um $8\frac{1}{2}$ Uhr und verliest folgende Erklärung Welkers: Der Genosse Bebel hat mir gestern vorgeworfen, ich hätte in meinen Ausführungen die Glaubensfreiheit angegriffen. Ich habe im Gegentheil behauptet, daß die Gewissensfreiheit noch nicht garantirt wird durch die Trennung der Kirche vom Staat, sondern daß die große Gewalt, die die Kirche auch ohne staatliche Unterstützung auf die Gemüther ausübt, gebrochen werden muß.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt mit der Debatte über den Antrag der Frau **Zietz**-Hamburg.

Kimmel-Hamburg wendet sich gegen den Antrag. Der Antrag würde eine Zersplitterung der Kräfte zur Folge haben, es denken auch nicht alle Genossinnen in Hamburg so wie Frau Zietz. Prinzipiell bedeutet der Antrag Zietz die Anerkennung einer männlichen und einer weiblichen Partei. Ich bin ja durchaus für die Emanzipation der Frauen. Meine Freunde in Hamburg sagen zwar, das machst Du noch mit, weil Du noch nicht verheirathet bist. (Große Heiterkeit.) Ich bin aber doch der Meinung, daß wir gemeinsam marschiren müssen.

Koenen-Hamburg: Ich bedauere es, daß Frau Zietz diese rein lokale Angelegenheit vor das Forum des Parteitages gezerrt hat. Wir haben vergebens versucht, uns ins Hamburg zu verständigen. Es hat sich dort gezeigt, was der Dichter singt: man kann im Herzen Minne tragen und doch mit Kolben um sich schlagen. (Heiterkeit.) Wir sind der Meinung, daß die besondere Organisation der Frauen nur aufrecht erhalten werden soll, um den Genossinnen ein besonderes Mandat verschaffen zu können. In Hamburg können wir aber sehr gut gemeinsam arbeiten, man braucht da keine Extrawurst. Wir haben stets die Frauen bei der Agitation berücksichtigt, wir haben sie schlicht und recht, groß und klein, hoch und niedrig, erster und zweiter Güte so genommen, wie sie waren. (Gr. Heiterkeit.) Frau Zietz pfuscht uns stets ins Handwerk.

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Ich muß die Genossin Zietz gegen den Vorwurf, sie halte Triumphzüge durch Deutschland, in Schutz nehmen. Wer Frau Zietz kennt, weiß, welche aufopfernde Thätigkeit Frau Zietz in der Agitation entwickelt. (Sehr richtig!) Es ist deshalb sehr übel angebracht, in so höhnischer und spöttischer Weise von dieser aufopfernden Thätigkeit zu sprechen. Koenen sagte, Frau Zietz wolle mit der Sonderorganisation sich das Mandat zum Parteitag sichern. Frau Zietz ist in ganz Deutschland bekannt und geschätzt, sie kann überall ein Mandat haben. Zur Sache ist zu sagen, daß die Frauen auch in Hamburg keine Sonderbündelei treiben wollen. (Bebel: Sehr richtig!) Es handelt sich um die Theilung der Arbeit. Es liegt im weiblichen Charakter, daß sie zu einer Geschlechtsgenossin mehr Vertrauen faßt. Es ist Thatsache, daß da, wo die Frauen freies politisches Bethätigungsrecht haben, sie erst dann zahlreicher in die Wahlvereine eintreten, wenn ein organisirter Mittelpunkt in Gestalt einer weiblichen Vertrauensperson vorhanden ist. (Beifall.)

Stubbe-Hamburg bestreitet, daß sich die Hamburger Genossen der Ansicht der Frau Zietz angeschlossen hätten. Die Resolution Zietz ist überflüssig. Wir können vom Wahlverein aus viel besser die Agitation leiten, als mit dem System der Vertrauenspersonen. Von den 900 Genossinnen arbeiten nur wenige in der Agitation mit. Sie wollen nur die oberen Posten annehmen, aber die unteren nicht. Es besteht wirklich ein Nebeneinander, es wird eine Zersplitterung der Versammlungen herbeigeführt.

Die Diskussion wird durch einen Schlußantrag geschlossen.

Frau **Zietz**-Hamburg (persönlich): Ich habe niemals behauptet, daß wir in Hamburg von den männlichen Parteigenossen nicht genügend in der Agitation unterstützt sind. Meine Resolution bezweckte nur eine richtige Interpretation der Resolution 72 vom Mainzer Parteitag. Was den Vorwurf betrifft, ich stellte den Antrag nur, um mir ein Mandat zu ermöglichen, so hat Frau Zetkin bereits das Nöthige dazu gesagt.

Der Antrag Zietz wird hierauf angenommen.

Es folgt die Berathung der Anträge zur Presse. Zunächst wird der Antrag, die „Gazeta Ludowa" von Parteiwegen zu unterstützen, dem Parteivorstande zur weiteren Erwägung übergeben.

Ein Antrag von Parteigenossen in Karlsruhe: In Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, für Parteiorgane in der Provinz einen den Raumverhältnissen dieser Blätter entsprechenden Reichstagsbericht von Parteiwegen herstellen zu lassen, wird auf Antrag **Kolb**-Karlsruhe ebenfalls dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen.

Ein Antrag von Parteigenossen in Hannover und Karlsruhe-Bruchsal: Die „Neue Zeit" ist wieder in eine Monatsschrift umzuwandeln und der Bezugspreis möglichst billig anzusetzen, wird von **Kolb**-Karlsruhe befürwortet. Die „Neue Zeit" sei zu theuer für die Arbeiter. Auch seien die Redaktionskosten zu hoch.

Kautsky-Berlin: Durch die vorangegangene Debatte bin ich gezwungen, in die Details des Redaktionsetats der „Neuen Zeit" einzugehen. Er beläuft sich auf 10,000 Mk., wie bereits gesagt ist. 3000 Mk. erhält Mehring, 2400 Mk. Wurm und 5000 Mk. meine Wenigkeit. Mehrings Thätigkeit besteht hauptsächlich in seinen Berliner Briefen, er ist also eigentlich ständiger Mitarbeiter, wie es früher Bernstein und Schippel waren, welche dasselbe Gehalt erhielten. Sie wollen doch aber nicht behaupten, daß Mehrings Mitarbeit quantitativ oder relativ minderwerthiger sei, als die frühere Mitarbeit Bernsteins oder Schippels.

Es ist mir das Gerücht zu Ohren gekommen, daß auch Bebel zu den ständigen Mitarbeitern gehöre und für zwei Artikel im Jahre 3000 Mk. erhalte. In der That hat Bebel niemals ein Gehalt für seine Mitarbeiterschaft erhalten, sogar nie einen Pfennig Honorar für seine Artikel. (Hört, hört!) Der zweite Redakteur der „Neuen Zeit" ist, wie gesagt, Wurm. Man könnte behaupten, für eine Wochenschrift seien zwei Redakteure etwas viel. Zu unserer Redaktionsthätigkeit kommen aber noch eine Reihe anderer Thätigkeiten, die sehr wichtig sind. Wir bilden eine Art Arbeiter-Sekretariat für soziale Theorie, sogar eine Auskunftsstelle, einen Litteraturnachweis für Studenten, Doktoren, ja, unter dem Siegel der Verschwiegenheit kann ich es Ihnen sagen, auch für Professoren. (Heiterkeit.) Diese Thätigkeit erstreckt sich auch nicht blos auf Deutschland. Weiter haben wir für die Erziehung eines schriftstellerischen Nachwuchses zu sorgen. Uns gehen häufig Manuskripte von jungen Leuten zu, die noch nicht im Stande sind, Brauchbares zu liefern, die aber viel versprechen, die man darauf aufmerksam machen muß, wie sie arbeiten, wie sie das Thema darstellen sollen u. s. w. Genosse Wurm hat daher sehr viel zu thun und liefert außerdem etwa 80 Seiten Druckseiten im Jahre Beiträge, die nicht besonders honorirt werden. — Wem nun mein Gehalt zu hoch erscheint, möge sich nicht an meine Adresse wenden, ich habe nie etwas verlangt, was mir gegeben wird, geschieht freiwillig. Von den 5000 Mark geht übrigens noch manches ab, so Alles, was ich an Büchern und Zeitungen für die Redaktion anschaffen muß, ferner etwa 150 Mark Zulagen für Portokosten. Auch werden meine Artikel nicht besonders honorirt. Dazu kommt, daß unsere Redaktionsstellung für uns die materielle Grundlage bildet, die es uns überhaupt erst ermöglicht, größere wissenschaftliche Arbeiten zu leisten. Wer heute vom Verkauf seiner wissenschaftlichen Werke leben wollte, müßte verhungern. (Sehr richtig!) Daher kommen für uns Sozialdemokraten nur zwei Arten der festen Stellung in Betracht, eine Redaktion oder das Zuchthaus. Ich weiß nicht, wofür Sie die „Neue Zeit" halten, jedenfalls bietet sie uns die Grundlage für unsere wissenschaftliche Thätigkeit.

Den Antrag bitte ich Sie abzulehnen. Wollen Sie die Neue Zeit auf diese Weise billiger machen, dann müssen Sie ihren Umfang wesentlich verkleinern. Wir geben jetzt 4 Bogen für 50 Pfg. Mit 4 Bogen monatlich kann man aber nichts leisten.

Mit den Soz. Monatsheften kann die Neue Zeit nicht verglichen werden. Diese haben einen reichen Mann hinter sich, der das Defizit bezahlt, während der Parteivorstand das Defizit der Neuen Zeit möglichst beschränken will. Um das Defizit bei der Neuen Zeit werden Sie nicht herumkommen, hoffentlich wird es Sie nicht mehr so nervös machen, wenn es den Reiz der Neuheit verloren hat. (Heiterkeit.) Sollten Reformvorschläge gemacht werden, die Erfolg versprechen, so werde ich zuerst dafür eintreten, den vorliegenden Antrag aber bitte ich abzulehnen.

Die Schlußverhandlungen bringen wir in morgiger Nummer ausführlich zum Abdruck.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 23. September.

* **In der gestrigen Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins** wurde nach kurzer Debatte die Wahl des Stadtverordneten-Wahlkomitees vorgenommen. Die Genossen Bruhns, Burgund, Heppner, Heymann und Löbe wurden zu Mitgliedern desselben auserkoren. Hierauf begann die angekündigte Debatte über die Alkoholfrage, zu der Genosse Bruhns ein kurzes einleitendes Referat im Sinne der völlig Enthaltsamen hielt. Die von ihm vertretene Richtung fand in der folgenden, recht lebhaften und ausgedehnten Debatte Widerspruch und Beifall. Alle Versammlungstheilnehmer einigten sich schließlich auf folgenden Beschluß:

Der Sozialdemokratische Verein Breslaus begrüßt die Resolution des Parteitages als einen Fortschritt in der Behandlung der Alkoholfrage.

Er erwartet, daß sowohl der Vorstand des Vereins, wie auch die „Volkswacht" den Arbeitern Anregung zur Diskussion sowie Aufklärung über die Alkoholfrage geben werden.

Unter „Vereinsangelegenheiten" stimmte die Versammlung dem Vorschlag zu, die Berichterstattung vom Parteitage am kommenden Montag stattfinden zu lassen und am Montag, den 13. Oktober, eine kurze Sitzung des Vereins mit anschließendem gemüthlichen Beisammensein zur Bewillkommnung des Genossen Klühs abzuhalten. Genosse Klühs wird an diesem Tage aus seiner fast achtmonatigen Gefängnißhaft entlassen. Schließlich sprachen mehrere Genossen den Wunsch aus, daß der Verkauf der Billets zur Volksvorstellung zunächst an den Vereinsabenden stattfinden möge. Hierauf schloß Genosse Zahn die interessant verlaufene, zahlreich besuchte Versammlung.

* **Der „Schlesischen Volkszeitung"** ist es offenbar sehr unangenehm, daß auf dem Münchener Parteitag in ganz unzweideutiger Weise der Satz „Religion ist Privatsache" zur Richtschnur für das Handeln unserer Partei genommen wurde. „Die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages in München sollten eigentlich jeden Zweifel, daß es den Sozialdemokraten Ernst ist mit diesem Grundsatze, unmöglich machen", sagt die „Schlesische Volkszeitung" in dem Leitartikel ihrer gestrigen Mittagsausgabe. Sie ist auch überzeugt, „manche von ihnen meinen es aufrichtig mit der Neutralität gegenüber der Religion und mögen grundsätzlich von Angriffen auf sie nichts wissen". Dann aber sagt das Blatt:

„Aber die Partei als solche kann gar nicht religiös indifferent sein. Sie rühmt sich ja, auf dem Boden des Materialismus zu stehen und in der materialistischen Wissenschaft ihre Wurzeln zu haben. Da muß sie doch der Religion, die den Materialismus verwirft, feindlich gegenüberstehen. Die Erfahrung lehrt denn auch, daß in der Praxis der Grundsatz: „Religion ist Privatsache" von den „zielbewußten" Genossen regelmäßig außer Acht gelassen wird. Davon wissen besonders die katholischen Arbeiter zu erzählen, die mit sozialdemokratischen Kollegen zusammenarbeiten müssen. Diesen ist nicht die Hauptsache, die Katholiken von der Wahrheit des Sozialismus zu überzeugen; von dessen Zielen und Lehren wird wenig oder gar nichts geredet, weil damit ja doch wenig Propaganda zu machen wäre. Dafür wird aber desto mehr gestichelt und gespottet über Glauben, Beten, Kirchengehen, Geistlichkeit u. s. w. Die gläubigen Arbeiter, die mit unduldsamen und bösartigen Genossen zu verkehren haben, sind oft wahre Märtyrer."

Wie ein Taschenspieler verwechselt hier das Blatt die Thatsachen: die Partei — also die Gesammtheit — kann nicht religiös indifferent sein. Beweis: Sozialdemokratische Arbeiter, also Einzelne, setzen ihren katholischen Kollegen mit Spottreden zu, nicht um für den Sozialismus Propaganda zu machen, sondern um diese ihres Glaubens wegen zu verhöhnen. Soweit das wirklich einmal geschieht — die „Volkszeitung" übertreibt da natürlich außerordentlich — wird das von allen einsichtigen Sozialdemokraten entschieden verurtheilt. Und jedenfalls darf man für solchen Fehler eines Einzelnen nicht die Partei verantwortlich machen, die ihren Willen unzweideutig genug auf ihren Parteitagen ausspricht. Es kommt dem klerikalen Blatte ja auch nur darauf an, seinen Anhängern den Glauben an die Aufrichtigkeit unseres Grundsatzes: Religion ist Privatsache, zu nehmen, weil auf der angeblichen Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie die besondere Hoffnung beruht, sich der andrängenden Sozialdemokratie zu erwehren.

* **Ein Graf Pückler-Reiterfest** fand am letzten Sonntag wieder in der „Grafschaft" Klein-Tschirne, statt. Es wird uns darüber von einer Seite, die sonst nicht zu unseren Berichterstattern zählt, Folgendes mitgetheilt:

Eine an 1000 Köpfe zählende Volksmenge hatte sich heute zu Wagen, zu Rad, mit der Bahn und zu Fuß aus Beuthen, Glogau, Neusalz, Grünberg, Primkenau, Sagan, Freystadt, Züllichau, sogar Breslau hier eingefunden, um am Nachmittage dem Reiterfeste beizuwohnen, das Graf Pückler mit seinem Musikkorps und seinen 50 Reitern auf seiner Feldmark an der Bahn veranstaltete. Es wurden Quadrillen geritten, Attaquen aufgeführt und ein Parademarsch geritten. Während des letzteren stieg zum allgemeinen Gaudium ein Ballon über der Reiterschaar auf, welcher als Gondel das Bildniß des „kleinen Cohn" in Lebensgröße trug. Gegen 3 Uhr erfolgte der Rückritt nach dem Gutshofe, wo der Graf eine Generalpauke an seine Ritter hielt. — Diesmal befand sich unter den Rittern hoch zu Roß der Herr Verleger der „Grünberger Volkszeitung", des Niederschlesischen Judendreschblattes.

r. **Unteroffiziers-Ausschreitungen.** Vor dem Kriegsgericht der elften Division in Breslau war am Montag angeklagt der Sergeant August Körber vom 10. Infanterie-Regiment in Schweidnitz, Baptist von Konfession, disziplinarisch vorbestraft der vorsätzlichen, körperlichen Mißhandlung eines Untergebenen. Am 23. August kam der Sergeant in die Stube, wo der Grenadier Pietas sich befand und frug: „Wer hat Hofdienst"? Der genannte Grenadier meldete sich. Der Sergeant befahl ihm: „Lauf, [illegible] Du [illegible] kommst". Der Mann w[illegible]

sich gerade und nachdem er fertig, ging er in den Hof, zu fegen, indem er sich bei dem Gang aus der Stube noch unterwegs die Litewka anzog. Der Sergeant befahl: „Lauf schneller, willst Du laufen?" Der Vaterlandsvertheidiger lief schnell, doch der strenge Korporal rief ihn wieder zurück. Der Sergeant faßte den Mann am Genick, warf ihn auf dem Korridor zu Boden und schlug ihn mit dem Kopf auf die Steine, daß der Grenadier in Folge dieser liebevollen Erziehungsmethode sofort Schmerzen im Kopf bekam, weinte und keinen Dienst thun konnte. Der Vertreter der Anklage beantragte für das rohe Verhalten des Soldatenpädagogen vierzehn Tage Mittelarrest. Der sehr erregte Angeklagte hielt eine lange Vertheidigungsrede und beantragte Freisprechung. Das Kriegsgericht verurtheilte den Sergeanten zu einer Woche Mittelarrest.

kk. Die Differenzen bei der Firma Kubecke, Tischlerei und Parquetfußbodenfabrik, die bekanntlich Anfang August d. J. zu einem kurzen Ausstande der dort beschäftigten Arbeiter führten, sind am 18. August durch einen zwischen der Firma und der Lohnkommission der Tischler abgeschlossenen Vergleich beigelegt worden. Hiernach wurden unter Anderem sämmtliche in Folge der niedrigen Akkordsätze aufgelaufenen Schuldkonten gestrichen, das Ueberschreibungssystem sollte in Zukunft ganz aufhören. Jetzt, nach einigen Wochen, scheint die Firma sich an diesen Vertrag nicht mehr halten zu wollen. Denn einem Tischler wurden seitens der Firma von seinem verdienten Lohn 14.35 Mk. einbehalten mit der Begründung, daß dies eine Differenz aus einer früheren Akkordarbeit sei. Der Tischler klagte nun vor dem Gewerbegericht und legte auf die Einwendungen des Vertreters des Beklagten eine Abschrift des Vertrages vor. Das Gewerbegericht verurtheilte die Firma ohne weitere Berathung zur Zahlung des eingeklagten Betrages mit der Begründung, daß es für die Betheiligten Ehrenpflicht sei, derartige Vereinbarungen innezuhalten.

*** Mordprozeß Franzkowiak.** Das Schwurgericht begann seine Arbeit gestern mit der Verhandlung gegen den 41 Jahre alten, schon wiederholt wegen Diebstahls vorbestraften Schachtarbeiter Johann Franzkowiak aus Rawitsch, dem in der Anklage zur Last gelegt wird, in der Nacht zum 6. April d. J. den Drainagearbeiter Josef Olewski aus Rawitsch in dem Dorfe Pluskau, Kreis Winzig, ermordet und beraubt zu haben.

Am Morgen des 6. April wurde in Pluskau hinter der Scheuer eines Gehöftes in einem Winkel die Leiche eines unbekannten Mannes aufgefunden. Die Hirnschale war zertrümmert, und die rechte Gesichtshälfte völlig verschwollen. Neben dem Kopfe lag ein kleiner und in einiger Entfernung ein 15 bis 20 Pfund schwerer großer Stein, beide mit Blut besudelt. Die Wände der Scheuer zeigten Blutspritzen und von dem Dache der Scheuer war ein Büschel Stroh herausgerissen, auf dem der Kopf der Leiche lag. Das Stroh und der Erdboden darunter trieften von Blut. Die leeren Taschen der Kleider und das Fehlen eines Geldbehälters ließen vermuthen, daß der Ermordete auch beraubt worden war. Neben der Leiche stand ein Paar halbschäftige Stiefel, die aber dem Ermordeten nicht gehört haben konnten. Die angestellten Recherchen ergaben alsbald, daß der Ermordete der Drainagearbeiter Josef Olewski aus Rawitsch war, der zuletzt in Duchen, Kreis Guhrau, gearbeitet hatte und von dort, um sich andere Arbeit zu suchen, am Nachmittag des 5. April in Begleitung des Arbeiters Johann Franzkowiak weggegangen war. Auf diesen Begleiter richtete sich allmählich der Verdacht, den Raubmord verübt zu haben. Franzkowiak war am 6. April in Rawitsch eingetroffen und zwar, wie sich später herausstellte, in Kleidungsstücken, die dem ermordeten Olewski gehört hatten; insbesondere hatte er dessen Ueberzieher, Beinkleider und Stiefel getragen. Frau Olewski erkannte sie mit Bestimmtheit als Kleidungsstücke ihres Mannes wieder. Auch das Portemonnaie Olewski's fand sich bei Franzkowiak vor. Unter diesen Verhältnissen nahm Kriminalkommissar Kliem am 14. April die Verhaftung Franzkowiaks als des vermuthlichen Thäters vor.

Der Angeklagte, der von Anfang an hartnäckig die That geleugnet hatte, blieb auch vor den Geschworenen beim Streiten. Er ist, wir berichten nach der „Breslauer Morgenztg.", ein kräftiger Mensch mit etwas gebückter Haltung, aus der etwas Tückisches, Lauerndes spricht. Mit großem Aufwand von Worten beginnt er in polnisch-schlesischem Dialekt zu erzählen, wie er mit Olewski auf dem Dominium Duchen 14 Tage lang bis zum 5. April arbeitete und am Nachmittag dieses Tages nach Empfang der Löhnung mit ihm das Dominium verließ, um andere Arbeit zu suchen. In seiner Erzählung spielen zwei Strolche eine große Rolle, von denen er behauptet, daß sie ihn und Olewski nicht weniger als 5 Mal angefallen hätten. Mit Hilfe des Märchens von diesen beiden Strolchen will er erklären, wie er in den Besitz der Stiefel des Ermordeten gelangte. Von dem Ueberzieher behauptete er, Olewski habe ihm denselben auf dem Wege nach Herrnstadt gegeben und darin habe auch das Portemonnaie gesteckt. Die heutigen Angaben des Angeklagten weichen in vielen Einzelheiten ganz erheblich von den Erklärungen ab, die er bei früheren Vernehmungen abgegeben hat. In Herrnstadt sind der Angeklagte und der Ermordete in einem Gasthofe noch zusammen gesehen worden. Dieses Zusammensein wagt der Angeklagte auch bis dahin nicht zu leugnen. Von Herrnstadt machten sich Beide auf den Weg nach Winzig. Bald hinter Herrnstadt aber hätten sich, so erzählt der Angeklagte, wieder die beiden Strolche eingefunden. Den einen habe er (Franzkowiak) verfolgt, den anderen Olewski und dabei seien Beide auseinander gekommen. Wo Olewski geblieben sei, davon will der Angeklagte absolut nichts wissen.

Die Vernehmung der Zeugen, von denen 28 zur Stelle sind, geht ziemlich rasch von Statten, so daß am Schlusse der gestrigen Sitzung, die um 4½ Uhr erfolgte, nur noch einige wenige Zeugen und 3 Sachverständige übrig blieben, die heut gehört werden sollen. Unter den Zeugen befinden sich die Ehefrau, der Vater und ein Bruder des Angeklagten, sowie die Ehefrau des Ermordeten. Ueber die That selbst kann naturgemäß keiner der Zeugen etwas bekunden. Ihre Aussagen beschränken sich auf den Befund der Leiche und des Thatortes und auf das Erscheinen des Angeklagten in Rawitsch am Vormittag des 6. April, ferner auf seine Aussagen, die er zu verschiedenen Malen zu Protokoll gegeben hat. Die Ehefrau des Ermordeten bekundete, daß sie das Portemonnaie und die Kleidungsstücke, die der Angeklagte am 6. April trug, später mit aller Bestimmtheit als dem Ermordeten gehörig erkannt habe.

Waldenburg, 21. Sept. Die Fleischvertheuerung geht im hiesigen Kreise von Ort zu Ort weiter. Nunmehr haben auch die Fleischer in Altwasser und Weißstein wegen der hohen Viehpreise den Preis für Rindfleisch erhöht und alle Geschenke aufgehoben.

Striegau. Kartell-Bericht. Die letzte Sitzung des Gewerkschafts-Kartells beschäftigte sich mit einem Gesuch eines älteren, verheiratheten zugereisten Genossen, der sich von seiner Organisation benachtheiligt glaubte und an das Kartell herantrat um eine Unterstützung, da er seit dem 4. Januar außer Arbeit war. Das Gesuch wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt, da er noch nicht im Besitze seiner Papiere war. Ferner kam es zu einer Kritik wegen der polizeilichen Vernehmungen betr. Errichtung eines Gewerbegerichts. Es seien gerade Personen auf das Polizeibureau bestellt worden, um sich über die Nothwendigkeit eines Gewerbe-Schiedsgerichts auszusprechen, die überhaupt nicht wußten, was dies ist. Dann wurde das Verhalten der Firma Scharnke scharf gerügt, da der Inhaber drei von den männlichen Tabakarbeitern gekündigt hatte und zur Begründung angab, es komme vom letzten Tabakarbeiterstreik her, die anderen zwei könnten aber vorläufig weiterarbeiten. Sie erklärten sich jedoch solidarisch mit den Entlassenen und legten die Arbeit nieder. Es wurde noch hervorgehoben, da ein Genosse Barbier ist, ihn seitens der Genossen zu unterstützen. Auf Befragen des Gewerbeinspektors, wann die Fabrikräume das letzte Mal gemacht worden seien, soll ihm erklärt worden sein, daß sie erst vor ein paar Jahren gemacht worden seien. Festgestellt wurde aber, daß seit 1884 überhaupt noch nichts gemacht worden ist. Es wurde beschlossen, hierüber Beschwerde zu führen. Es fehlten unentschuldigt: Tabakarbeiter Döring, Färischau, und Steinarbeiter Günther, Häslicht.

Schönau, 18. Sept. Ein frecher Bubenstreich ist der Freiwilligen Feuerwehr in Tief-Hartmannsdorf gespielt worden. Als die Ober-Abtheilung gestern Nachmittag eine Spritzen-Uebung vornehmen wollte, gab die Spritze trotz aller Bemühungen kein Wasser. Beim Abschrauben der Ventile zeigte es sich, daß ein Ventil mit einem Lappen verstopft worden war. Aber auch, nachdem dies Hinderniß beseitigt worden war, gab die Spritze noch kein Wasser. Jetzt fand man das Strahlrohr ebenfalls verstopft. Es dauerte längere Zeit, ehe die Spritze in Stand gesetzt werden konnte.

Glatz, 20. September. Kein Gewerbegericht. Die Stadtverordneten lehnten auf Antrag des Magistrats die Errichtung eines Gewerbegerichtes für den Stadtbezirk ab, weil bei der nur gering entwickelten hiesigen Industrie kein Bedürfniß dafür vorhanden ist.

Beuthen OS., 20. September. Errichtung einer Gemeinde „Bismarckhütte." Dem Beschlusse der Gemeindevertretungen auf Verschmelzung der beiden selbstständigen Gemeindebezirke Ober- und Nieder-Heiduk zu einer einzigen politischen Gemeinde unter dem Namen „Bismarckhütte", ist die ministerielle Genehmigung ertheilt worden. Die neue Gemeinde wird mit einer Einwohnerzahl von etwa 15,000 beginnen. Die Errichtung eines Bahnhofes der neuen Schnellzugstrecke Kattowitz—Beuthen steht bevor.

Briefkasten.

M. S. Besten Dank für Ueberweisung des Artikels, der die alte Legende auffrischt. Er soll in den nächsten Tagen mit vermöbelt werden.

Stadt-Theater.
Dienstag: „Der Freischütz."
Mittwoch: „Romeo und Julia."

Lobe-Theater.
Dienstag: „Ledige Leute."
Mittwoch: „Der Vogelhändler."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Dienstag: Gruppe A, 3. Vorstellung: „Der Erbförster."
Donnerstag: Gruppe B, 3. Vorstellung: „Der Erbförster."

Zeltgarten.
Stürmischen Erfolg!!! erzielen allabendlich 9½ Uhr
Gebr. Damms.
Außerdem das für Breslau vollständig neue September-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel: Täglich Gr. Frei-Concert bis 12 Uhr der Damen-Kapelle „La Paloma".

Dominikaner.
Morgen Mittwoch:
Humoristisches Hannoversches Künstler-Ensemble.
Dir.: R. Freise.
Entree 10 Pfg.
Anfang Wochentags 7½ Uhr.
Anfang Sonntag 5 Uhr.
Sonntag von 11 Uhr an: Matinee bei freiem Entree.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau.
Unseren Mitgliedern zur Kenntniss, dass die Beerdigung des Sportsgenossen 1221
Gotthard Langner
Mittwoch Nachmittag 2 Uhr von der Leichenhalle St. Salvator, Ende Lohestr. aus stattfindet.
Um recht rege Betheiligung bittet **Der Vorstand.**

40 1121 I
Waschtische. Spiegel-Schränkchen, Spiegel,
werd. auch einzeln auf Abzahlung bei einer Anzahlung v. **5 Mk.** u. wöchentl. Abzahlung von **1,50 Mk.** an abgegeben.
S. Osswald, Schuhbrücke 74, I

Gustav Reibstirn
Uhrmacher. 1163
Gegründet 1873.
Uhren, Goldwaaren sowie alle Reparaturen billigst.
Friedrich-Wilhelmstr. 70.

Am 19. d. Mts. verschied plötzlich mein inniggeliebter Mann, unser guter Sohn, Bruder und Schwager, der Schlosser
Gotthard Langner
im blühenden Alter von 37 Jahren 9 Monaten.
Um stilles Beileid bitten
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen
Louise Langner, geb. Michael, als Frau.
Susanne Schwarz, als Mutter.
Alois Langner und Frau.
Martha Mende u. **Auguste Pfitzner,** als Schwestern.
Anna Köster, als Schwägerin.
Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des Kirchhofes St. Salvator, Ende Lohestrasse aus statt.

Am 21. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unser treues Mitglied, der Steindrucker
Richard Forchmann
im blühenden Alter von 24 Jahren. 1223
Sein collegialer Sinn, sowie sein solidarisches Verhalten sichern ihm ein bleibendes Andenken.
Verein der Lithographen und Steindrucker.
Beerdigung: Mittwoch, den 24. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr nach St. Salvator. Trauerhaus: Nachodstr. 6.

Damen-Filzhüte
billigst **direct** Filzhut- in der Fabrik!
Neue Graupenstraße 11, Hof.
Freund & Krebs.
Filzhüte werden modernisirt.

Pianin. X, Buff., Pancelf., Auszieht., Stühle, Trum., Schreibt., Salon-Garnituren, Vertik., Sofa, Tisch, Schränke, Bettst., Rollb. f. b. Carlsstr. 43, 2. Et. Seidemann. 1045

Den Mitgliedern der Ortskrankenkassen wird hiermit zur Kenntniss gebracht, dass Herr Optiker
Adolf Heidrich,
Schweidnitzerstr. 27, Stadttheater gegenüber,
auch den **Angehörigen** der Mitglieder **Brillen** und **Pincenez** in besserer Ausführung gegen Baarzahlung zu dem gleichen Preise liefert, welchen die Krankenkassen auf Grund besonderer Vereinbarung bezahlen. 1217

Am 20. d. Mts. verschied nach langen, schweren Leiden unser College, der Tischler
Franz Pufke.
Ein ehrendes Andenken sichern ihm
Die Tischler d. Breslauer Actien-Gesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau.
Beerdigung: Mittwoch, den 24. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr. 1220

Reelle Einkaufsquelle von 1125
Ausstattungs-Möbeln,
überraschende Auswahl, sowie selbst gefertigte **Salon-Polster-Garnituren** mit den neuesten Bezügen, auch werden diese nach Wunsch angefertigt. Einzelne Möbelstücke, Matratzen, sowie Bettstellen. Bewillige auch Theilzahlungen.
Gustav Roth, Tapezirer, Reuschestr. 2, im Hofe.

Soeben erschien:
Der Neue Weltkalender
für 1903.
Reich illustrirt. Preis 40 Pfg
Buchhandlung „Volkswacht".

Werthvoller
als alle Geschenke und Versprechungen beim Einkauf auf Credit, bleiben meine
anerkannt billigen Preise und staunend geringe Anzahlung. 1222
Großes Lager in Möbeln, Spiegeln, Polsterwaaren, Herren- und Damen-Garderoben, Manufakturwaaren, Betten, Wäsche.
M. Grau, 3, Albrechtsstr. 3, 1. Etg.
Sonntags geöffnet früh 8—9, Mittags 11—2 Uhr

Hierzu eine Beilage.